

## Zusammenfassung

[erschieden im Rundbrief 4/2007 der Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW), ISSN 1998-5835]

### **Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Politikwissenschaft“**

#### **a) „Innsbruck-Salzburg-Wien und die Umstellung auf den Bologna Prozess?“**

Round Table, 19.10.2007, Universität Wien

DiskutantInnen: Erna M. Appelt, Johann Dvorák, Franz Kok, Matthias Falter, Helmut Breitmeier

Moderation: Christine Klapeer

Ziel dieser Veranstaltung war es zunächst die drei Studienprogrammleiter aus Innsbruck, Salzburg und Wien an einen runden Tisch zu bringen und sie über ihre Erfahrungen mit der Umstellung auf BA- und MA-Studiengänge berichten zu lassen. Diese österreichische Innensicht sollte durch einen Erfahrungsbericht aus Deutschland komplementiert und durch eine studentische Sicht kritisch diskutiert werden.

Nach der äußerst kurzfristigen Absage von Gerhard Mangott, Studienprogrammleiter in Innsbruck, konnte dankenswerter Weise Prof. Erna Appelt als Vertreterin des Standortes einspringen. Erna Appelt wies der „Umstellung“ in fachlicher Hinsicht kein allzu große Bedeutung zu, da die Inhalte aus den alten Studienplänen einfach unter einen neuen Label verkauft werden. Die Studieneingangsphase des im WS 2007 erstmals gestarteten BAs wird gemeinsam mit der Soziologie betrieben. Der MA Studiengang soll im WS 2008 beginnen.

Die Salzburger hingegen befinden sich bereits im 2 Jahr der Bologna Architektur. Dr. Franz Kok, Vorsitzender der Curricularkommission Politikwissenschaft und Studienprogrammleiter, konnte vor allem über ein positives Feedback seitens der Studierenden berichten. In Salzburg wird Mobilität innerhalb der BAs und MAs sehr groß geschrieben. Über die Hälfte der Studierenden haben ein (oder mehrere) Auslandssemester absolviert.

Wien ist genauso wie Innsbruck im WS 2007 mit dem Bachelor gestartet. Dr. Johann Dvorák, Studienprogrammleiter am Institut für Politikwissenschaft, strich vor allem die äußerst Anspruchsvolle Studieneingangsphase hervor, die gemeinsam mit allen sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen absolviert wird. Dvorák äußerte sich aber zugleich sehr kritisch, indem er Bologna als „irreale Wunschprojektion seitens der Ministerien“ outete und durch die Umstellung „eine massenhafte Ausweitung der Menschen mit minderen Studienabschluss“ heraufbeschworen sieht.

Mag. Matthias Falter, bis Juni 2007 gewählter Mandatar der STRV Politikwissenschaft und in dieser Funktion Mitglied der Curricular-Arbeitsgruppe Politikwissenschaft, ging in seinen Statement über das praktischen Umstellungsprozedere hinaus und stellte die Ausschlussmechanismen Gender, Class und Race im Bildungssystem zur

Debatte. Bildung wird durch Bologna „als Ausbildung reduziert“ und „Ausbildung selbst wird zum Privileg“. Durch die starke Modularisierung der Studiengänge werden die individuellen Freiheiten des Studiums und der Studierenden eingeschränkt.

Durch diese Überleitung konnte die Moderatorin des Abends, Christine Klapper, gleich den zweiten Fragenkomplex „Kritik an Bologna“ ans Podium übergeben.

Der Vertreter aus Deutschland, Dr. Helmut Breitmeier, konnte berichten, dass an seiner Universität, der TU Darmstadt, bereits an der Reform der Reform gearbeitet wird. Die TU Darmstadt hat als eine der ersten Universitäten Deutschlands bereits 2001 BA und MA Studiengänge eingeführt. Breitmeier sieht Bologna als enorme Chance, aber nur unter bestimmten Bedingungen: a) wenn die „alten“ Fehler nicht wiederholt werden (keine klaren Strukturen; mangelnde Internationalität); b) wenn es zu einer Entrümpelung der Studienpläne kommt und c) wenn genügend Berufs- und Praxiserfahrungen während des Studiums gesammelt werden können. Breitmeier merkt jedoch an, dass die Universitäten „nicht hinreichend ausgestattet sind, um die vielfältigen Managementaufgaben im Rahmen von Bologna auszuführen“.

Franz Kok versteht die ganze Aufregung um Bologna nicht, da z.B. die Einführung des Vollstudiums in Salzburg im Jahr 2000 viel größere Reformauswirkungen hatte. Die Kritik an Bologna erinnert ihn an seine eigene Kritik an der Einführung des Diplomstudiums in den 80er Jahren.

Johann Dvorák sieht durch die Ausrichtung des Studiums auf den Arbeitsmarkt die Gefahr einer „Industrialisierung der Universitäten“. Viel ernster sollte man hingegen die Wissenschaftlichkeit bzw. die Ausbildung der WissenschaftlerInnen nehmen.

Diesem Argument konnte Matthias Falter nur noch hinzufügen, dass über Aufnahmebeschränkungen zwischen dem BA und MA Studiengang „laut“ nachgedacht wird. Die Möglichkeit nach nicht mehr als sechs Semestern seine Fachidentität zu wechseln, kann dabei natürlich als interdisziplinäre Chance aber gleichzeitig auch als Gefahr für die solide Ausbildung von PolitikwissenschaftlerInnen gesehen werden.

Auf die Frage aus dem Publikum nach den geplanten inhaltlichen Ausrichtungen der MA Studiengänge, wiesen die Standortvertreter aus Innsbruck und Salzburg vor allem auf einen MA zu „Europäischer Integration“ oder „EU Studies“ hin – Johann Dvorák hingegen betonte, dass das Ziel in Wien ein „breiter“ Abschluss sowohl auf BA als auch auf MA Level ist.

## **b) BA- und MA-AbsolventInnen am Arbeitsmarkt. Neue Titel – weniger Chancen?**

Round Table, 15.11.2007, Universität Innsbruck

DiskutantInnen: Martin Geiger, Anita Glaser-Marinell, Bernhard Natter, Claus Reitan, Doris Winkler-Hofer

Moderation: Peter Plaikner

Mag. Anita Glaser-Marinell (Duftner & Partner) sagte gleich in ihrem Eingangs-Statement, dass es für eine solche Einschätzung noch viel zu früh sei. Die Personalberaterin sorgte mit ihrer Bemerkung, dass nicht Titel oder Abschluss, sondern vor allem Persönlichkeit eines Berufsanwärters entscheide, für den roten Faden der Podiumsdiskussion unter Leitung des Medienberaters Peter Plaikner. Claus Reitan, Chefredakteur der Zeitung Österreich, nahm den Ball sofort auf und illustrierte die Grundeinstellung von Entscheidern bei der Job-Rekrutierung sehr plastisch: „Wenn ein Stück Papier am Boden liegt, gehen die meisten achtlos vorbei. Mich interessiert derjenige, der es aufhebt.“

Mit ähnlich starkem Praxisbezug, aber vollkommen anderer Perspektive startete Martina Geiger, die Vorsitzende der Fakultätsstudienvertretung Politikwissenschaft und Soziologie, in das Gespräch. Letztlich eine Vertreterin der Generation Praktikum ging es ihr auch um die künftigen Möglichkeiten, diverse Studien miteinander zu verknüpfen. Aus Sicht der Personalberatung darf diese Kombinationsfähigkeit keinesfalls auf Kosten der Mobilität gehen. Die zu enge Bindung an einen Studienstandort kann ein Wettbewerbsnachteil sein. Insbesondere Auslandserfahrung wird immer wichtiger.

Auf diese weitgehende Flexibilisierung auf allen Ebenen ging auch Dr. Doris Winkler-Hofer von der Abteilung Verwaltungsorganisation und Personalmanagement des Amtes der Tiroler Landesregierung ein: Die geradezu ehernen Regel, welcher Titel für welche Dienstklasse reiche bzw. unweigerlich in sie führe, erhält erste Risse. Das Beharrungsvermögen gegen stärker leistungs- als abschlussorientierte Laufbahnschemata ist allerdings enorm.

Während im höheren Landesdienst nach wie vor Juristen überwiegen, führte Dr. Bernhard Natter vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck die Diskussion zurück zu den Bachelor- und Master-Abschlüssen in seinem Fachbereich. Politologie als Studium, das wesentlich vielfältigere Karrierewege ermögliche, als weithin bekannt ist.

Der Faktor Praktikum spielt dabei für die studentische Perspektive von Martina Geiger auch eine wichtige Selbsterfahrungsrolle: Was können Unternehmen von mir brauchen? Das Podium war sich aber einig, dass dies nicht in eine zu starke Wirtschaftsorientierung des Studiums münden dürfe. Darin müssten sich Universitäten und Fachhochschulen weiterhin unterscheiden.

Anita Glaser-Marinell hielt dennoch neuerlich dagegen, dass für Personalverantwortliche weniger entscheidend sei, woher der Abschluss stamme. Claus Reitan wiederum erklärte, dass Politikwissenschaftler allein aufgrund ihrer Institutionenkenntnis in Medien einen gewissen Startvorteil haben.

Die Veranstaltung fand letztlich kaum Antworten auf die Ausgangsfrage, erläuterte aber grundsätzliche Bedingungen des Arbeitsmarkts für Politikwissenschaftler aus vielfältigen Perspektiven. Daraus entwickelte sich auch eine sehr intensive Auseinandersetzung mit dem Publikum, unter anderem Jean-Monnet-Professor Dr. Heinrich Neisser.

Dem Titel der nur eine Woche später angesetzten Podiumsdiskussion „Willkommen, Bachelor!“ wollte an diesem Abend aber noch niemand uneingeschränkt zustimmen.

### **c) Politikwissenschaft nach Bologna – Herausforderungen, Probleme, Chancen**

Round Table, 30.11.2007, IHS-Wien

DiskutantInnen: Rainer Bauböck, Ulrich Brand, Anton Pelinka, Helga Pülzl  
Moderation: Sieglinde Rosenberger

Eröffnet wurde die Diskussion von Prof. Sieglinde Rosenberger mit der Frage nach dem Versuch einer kritischen *Verortung der österreichischen Politikwissenschaft (ÖPW) in der europäischen und internationalen Wahrnehmung*. Dazu ging Rainer Bauböck als erster Redner zunächst sehr allgemein auf die Rolle politikwissenschaftlicher Forschung ein, der er drei AdressatInnen zuordnete: PolitikerInnen, BürgerInnen und WissenschaftlerInnen. Analog zu diesen AdressatInnen ergäben sich drei wesentliche Arbeitsbereiche für PolitologInnen, die allesamt kritisch zu betrachten seien. In der Politikberatung würden ForscherInnen als DatenlieferantInnen behandelt, was einer faktischen Degradierung gleichkomme. An die BürgerInnen könne sich die Politikwissenschaft mittels der Medien wenden, wie es im politischen Journalismus der Fall sei. Hier werde jedoch nach einem vorgegebenen Skript agiert und Antworten auf aktuelle Themen seien in der Regel von der internen Medienlogik bereits vorgegeben. Die wissenschaftsinterne Rolle der Politikwissenschaft zeichnet sich für Bauböck schließlich durch einen hohen Grad an Selbstbezüglichkeit aus, die sich entweder in Methodenfixierung, Paradigmenfixierung oder Traditionsbezug manifestiere. Im Unterschied zu diesen Funktionen würde Bauböck die Politikwissenschaft lieber in der Rolle einer „Beobachterin zweiter Ordnung innerhalb der gesellschaftlichen Selbstreflexion“ sehen. Die österreichische Politikwissenschaft sei dieser Rolle in ihren Anfängen aufgrund einer gewissen thematischen Schlagseite auf zeitgeschichtliche Themen nur bedingt nachgekommen, diese „anfängliche Provinzialität“ sei durch die verstärkte Fokussierung auf Forschung in den Bereichen vergleichende PW, EU und politische Theorie mittlerweile größtenteils überwunden.

Im Vergleich zu Rainer Bauböck fokussierte Helga Pülzl in ihrer Analyse eher auf die politikwissenschaftliche Lehre. Auf die selbst formulierte Frage, warum die Politologie als Studienfach für Studierende so interessant ist, nannte Pülzl die vergleichsweise gute Qualität der Lehrlandschaft. Im Gegensatz dazu könne den künftigen AbsolventInnen jedoch kein kohärentes Berufsbild vermittelt werden, was als Problem wahrgenommen werde. Im Bereich der Lehre wäre also vor allem die Entwicklung eines solchen Berufsbildes in Verbindung mit einer Weiterentwicklung des PhD-Studiums und einer Qualitätssicherung der BA und MA-Ausbildung wünschenswert.

Anton Pelinka beschrieb im Anschluss die ÖPW als in einer Phase des Übergangs befindlich. Während in den 70er und 80er Jahren eine grundlegende Etablierung des Faches stattfand, folgte in den späten 80er und 90er Jahren eine Phase der Normalisierung verbunden mit dem Gewinn gesellschaftlicher Akzeptanz. In der nun laufenden dritten Phase müsse sich die ÖPW dem internationalen Wettbewerb im postsekundären Bildungsmarkt stellen, für diese Öffnung sei Österreich jedoch nur unzureichend vorbereitet.

Als letzter Redner der Runde und „Zugereister“ stellte sich schließlich Ulrich Brand der Frage nach der Rolle der ÖPW in der internationalen Wahrnehmung. Diese sei bei weitem nicht so provinziell, wie von manchen vermutet werde. Die zentrale Zukunftsfrage sei unter anderem, ob der Wind, der in der Forschung durchaus erzeugt werde, nachhaltig sei und wo bzw. wie dieser verankert werde. Ein wesentlicher Aspekt in diesem Zusammenhang sei, zu fragen, ob durch Fokussierung auf peer review und sprachliche Internationalität allein eine nachhaltige Qualitätssicherung erreicht werden könne und inwiefern ein Bekenntnis vorhanden sei, sich die beschriebene „gesellschaftliche Selbstreflexion“ auch zu leisten und durch entsprechende Forschungsförderung zu unterstützen.

In einer zweiten Diskussionsrunde fragte die Moderatorin schließlich konkret nach der *Verteilung von Ressourcen im Bereich der neuen, dreigeteilten Lehre*. Sollen diese auf den PhD konzentriert werden? Woher kommen dann die guten BAs und MAs? Dazu hielt Ulrich Brand zunächst grundsätzlich fest, dass es nicht nur der Bolognaprozess sei, der die Entwicklungen der Zukunft vorgebe und zentrale Aspekte der Forschungsförderung und Hochschulpolitik nach wie vor im nationalen Bereich lägen. Im Bezug auf die Konzentration der Ressourcen hielt Brand fest, dass das zentrale Problem die dramatische Unterfinanzierung der Universitäten im Allgemeinen sei und weniger eine Verteilungsfrage. Dazu käme eine starke soziale Selektivität durch das hochgradig formalisierte BA-Studium. Allgemein kritisierte Ulrich Brand den Verlust des wissenschaftlichen Pluralismus durch die „Entrümpelung der Lehrpläne“ und die damit einhergehenden Behinderungen für neugierige, aber vielleicht weniger zügig fortschreitende Studierende.

Anton Pelinka stimmte der Unterfinanzierung der Universitäten prinzipiell zu, verteidigte jedoch das BA-MA-PhD-Modell. Als problematisch betonte er wiederum den mangelnden Willen der österreichischen Hochschulpolitik zur Internationalisierung und die dadurch resultierende geringe Attraktivität österreichischer Universitäten für internationale Studierende. Zentraler Punkt zukünftiger politikwissenschaftlichen Ausbildung sei die Mobilität der Studierenden, die ja ein wesentliches Element der Dreiteilung des Studiums sei. In diesem Sinne sei die Mobilität zu fördern und keine Ebene der Ausbildung zu vernachlässigen.

Auch Helga Pülzl stimmte dem Argument der allgemeinen Unterfinanzierung zu, führte in weiterer Folge jedoch die Diskussion auch auf die Frage des Studienzugangs. Inwiefern ist dieser zu begrenzen? In welchem Bereich, bereits beim MA oder erst im PhD? Besonders bezüglich des Doktoratsstudiums stelle sich die Qualitätsfrage was die Betreuung

betrifft. Pülzl stellte in den Raum, inwiefern Formen der Teambetreuung, ein verpflichtender Auslandsaufenthalt und die Einführung von Betreuungsverträgen die Qualität des Doktoratsstudiums verbessern könnten. Es sei jedoch auch ersichtlich, dass seitens des BMWF das PhD-Studium zur Zeit kein Hauptinteresse darstelle.

In der Folge bestimmte die Frage nach der freien Zugänglichkeit des PhD-Studiums die weitere Debatte unter den DiskutantInnen. Rainer Bauböck nahm dabei einen laut Eigenaussage „unpopulären Standpunkt“ ein, indem er sich für Beschränkungen des Zugangs aussprach, um den momentan herrschenden „Hobbesschen Naturzustand“ zu beenden. Er plädierte für mehr Wettbewerb in dem Sinne, dass sich die Studierenden ihre Universitäten und auch die Universitäten ihre Studierenden aussuchen können sollten. Es sei jedoch auch wichtig, der „Züchtung von europäischen Eliten“ und der Managerisierung der Universitäten entgegenzuwirken. Als positives Beispiel führte Bauböck die nationalen Schlüssel zur PhD-Rekrutierung des EUI an.

Gegen eine Beschränkung des Zugangs sprach sich Ulrich Brand aus – mit dem Hinweis, dass gerade die Mischung aus guten und nicht so guten Studierenden es ermöglicht, eine Elitenbildung zu umgehen. Ein „Doktorat fürs Volk“, also für Personen, die nicht an der Universität tätig sind, muss für Brand auch in Zukunft möglich sein.

Anton Pelinka sekundierte daraufhin Rainer Bauböck, indem auch er sich für eine „Studienplatzbewirtschaftung“, mehr Wettbewerb und Restriktionen im Bereich des Zugangs aussprach. Gerade der freie Zugang sei nämlich gerade nicht sozial gerecht, die Durchlässigkeit in Systemen mit Beschränkungen wie den USA und UK weitaus größer als hierzulande. Wieder betonte Anton Pelinka die Notwendigkeit der Internationalisierung und der Erhöhung der Attraktivität österreichischer Universitäten für ausländische Studierende. Österreich sei nicht auf dem „Radarschirm der internationalen Studierenden“. Um dies zu erreichen, sei ein Lernen von den Etablierten notwendig, ein freier Zugang zum Studium sei in diesem Lernen nicht enthalten.

In der anschließenden Öffnung der Diskussion für das Plenum wurde noch rege über Fragen der Finanzierung und der Beschränkung des freien Universitätszugangs diskutiert, bevor schließlich die DiskutantInnen und ZuhörerInnen mit dem Hinweis auf die anstehende Weihnachtsfeier der ÖGPW samt dazugehörigem Buffet und Punsch entlassen wurden.

#### **d) Politikwissenschaft und politische Bildung: PolitologInnen in die Schulen?**

Round Table, 15.12.2007, Dokumentationsarchiv-Wien

DiskutantInnen: Peter Filzmaier, Matthias Hofer, Wolfgang Sander, Martin Schneider, Manfred Wirtitsch

Moderation: Louise Beltzung

Der Ausstellungsraum im Veranstaltungszentrum des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands war an diesem Tag bis zum letzten Platz gefüllt als die ÖGPW zur Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft und politische Bildung: PolitologInnen in die Schulen?“ einlud. Zwar waren sich die DiskutantInnen des Panels sowie die Publikums darin einig, dass Politische Bildung einen zentralen Stellenwert im schulischen Lehrplan haben sollte, doch wie dieses Fach gelehrt und wer, also welche Profession, es lehren soll, war heftig umstritten. So führte Matthias Hofer, Bundesobmann der AHS-Lehrer im ÖAAB an, dass auch MathematiklehrerInnen ihre Expertise für politische Bildung einsetzen können und dass dem Fach eine gesellschaftspolitische Kontextualisierung nützlich sei. Worauf Wolfgang Sander, Professor für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Giessen, entgegnete, dass nach seiner Erfahrung die gezielte Ausbildung für politische Bildung für die Entwicklung des Interesses an politischen und gesellschaftlichen Prozessen höchst relevant sei. Diese Meinung teilte auch Professor Peter Filzmaier, wissenschaftlicher Leiter der Universitätslehrgänge für Politische Bildung sowie für Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, der sich weiters dafür aussprach den Impuls der Veranstaltung zu nutzen, um eine universitäre Ausbildung für LehrerInnen im Fach „Politische Bildung“ zum Beispiel als Masterstudiengang zu konkretisieren. Dies wäre u.a. eine Möglichkeit gestalterisch die Diskussion voranzutreiben. Kritisch wurde hingegen bemerkt, ob denn überhaupt Interesse an einem solchen Studiengang bestünde und wie die aufgestellten und vertretenen Positionen denn umgesetzt werden könnten. Zu diesem Komplex meinte der Bundesschulsprecher, Martin Schneider, dass das Interesse an politischer Bildung unter den SchülerInnen hoch sei, wenn es denn sinnvoll in den Lehrplan eingebaut und geschätzt würde. Abteilungsleiter Manfred Wirtitsch vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Ministerin Claudia Schmied vertretend, betonte, dass das vorhandene Potenzial bzw. die vorhandene Erfahrung der Lehrer in ihrem jeweiligen Fach für „Politische Bildung“ genutzt werden sollte und den österreichischen SchülerInnen keine neue Fachverpflichtungen auferlegt werden könnten. Die Frage nach der Umsetzung von politischer Bildung in konkrete Fachinhalte und Vermittlungsmethoden für Lehrende wie Lernende wurde jedoch nicht beantwortet und nur angerissen und bleibt für die ÖGPW auch in Zukunft ein sehr spannendes und zu gestaltendes Feld.